



DSTG informiert

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

Jahrgang 2013 Nr. 6



**dbb berlin:
Frank Becker neuer Landesvorsitzender**



0, Euro¹⁾ Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit ihrer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Sektor. Dank dieser langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir bis heute bevorzugter Partner der Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,- Euro Bezügekonto¹⁾

- Kostenfreie Kontoführung inkl. BankCard und viele weitere attraktive Extras!

+ Günstiger Abruf-Dispokredit¹⁾

- Bis zum 7-Fachen Ihrer Netto Bezüge
- Abruf ganz nach Ihrem Bedarf

+ 0,- Euro Depot¹⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

BBBank-Filialen in Berlin und Potsdam

- Luisenstraße 41, 10117 Berlin, Tel. 030/28 30 46-0
- Hausvogteiplatz 3-4, 10117 Berlin, Tel. 030/2 02 48-0
- Augsburger Straße 5, 10789 Berlin, Tel. 030/21 48 94-0
- Friedrich-Ebert-Straße 113, 14467 Potsdam, Tel. 03 31/73 04 09-0

Informationen unter:

Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bezuegekonto.de

und persönlich bei

Silke Fischer, Regionalbevollmächtigte Öffentlicher Dienst

Tel. 030/9 78 63 00 33, E-Mail silke.fischer@bbbank.de

+ 30,- Euro Startguthaben über das



BÖRSE ONLINE

Beste überregionale
Filialbank
des Jahres 2012

BBBank

Ausgabe 26/2012



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

aktuelle Studien schlagen schon seit langem Alarm: Dem öffentlichen Dienst geht der Nachwuchs aus! Besoldungseinbußen, ständige Umstrukturierungen wegen Personalabbau und andere Missstände in der Berliner Verwaltung haben in der Öffentlichkeit und schließlich bei den Bürgern nachhaltig ein Image geprägt, das den öffentlichen Dienst offenbar nicht mehr interessant macht für Schulabgänger. Nicht nur aus meiner Sicht muss die Nachwuchsgewinnung neu organisiert werden. Die seit Jahren von der DSTG Berlin kritisierte späte Anwärtler-Ausschreibung schließt insbesondere die Schulabgänger mit guten Zeugnisnoten aus, die sich in der Regel eigenständig und sehr frühzeitig um einen Ausbildungsplatz bemühen.



Jürgen Köchlin

Mit ihren verbindlichen Zusagen für einen Ausbildungsplatz - in der Regel erst drei Monate vor dem Einstellungstermin - erreicht die Senatsverwaltung für Finanzen nicht mehr die erwünschten Schulabgänger, da diese bereits seit Monaten eine andere Entscheidung getroffen haben.

Durch die späte Ausschreibung, das Auswahlverfahren und die anschließende späte Zusage für einen Ausbildungsplatz stehen den Berliner Finanzämtern darüber hinaus zahlreiche Bewerberinnen und Bewerber nicht mehr zur Verfügung, die erfolgreich am Test und am Gespräch teilgenommen haben. Viele von ihnen haben sich bereits anderweitig gebunden. Deshalb reichen selbst die Wartelistenplätze nicht immer aus.

Die Senatsverwaltung für Finanzen muss endlich begreifen, dass die Nachwuchsgewinnung Priorität hat und Akzente setzen: Personalverstärkung im Einstellungsreferat, Erhöhung der Sach- und Geldmittel für Image- und Werbekampagnen. Ein Konzept für eine effektivere Nachwuchsgewinnung könnte in einem Workshop zusammen mit den Finanzämtern und Beschäftigtenvertretungen neue Anstöße formulieren.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft fordert den Finanzsenator auf, mit verschiedenen Aktivitäten in der Nachwuchswerbung die Zukunft der Berliner Steuerverwaltung durch motivierten und interessierten Nachwuchs zu sichern.

Die Berliner Finanzverwaltung muss auf Ausbildungsbörsen, Messen und bei Informationstagen Schülerinnen und Schüler aktiv über ihre Chancen in der Berliner Steuerverwaltung aufklären.

Darüber hinaus muss endlich die Kooperation mit Berliner Schulen gestartet werden, u. a.:

- Bereitstellung von Materialien über das Berufsbild zur Unterrichtsgestaltung
- Teilnahme an Unterrichtseinheiten und Elternabenden
- Informationsveranstaltungen an Schulen

Nur mit frischer Öffentlichkeitsarbeit, moderner Nachwuchswerbung und frühzeitigem Beginn der Einstellungsverfahren wird sich die Nachwuchsgewinnung in der Berliner Steuerverwaltung auch künftig positiv gestalten.

Mit kollegialem Gruß

Ihr



AUSKUNFT ÜBER PENSIONSANSPRÜCHE GEPLANT

Eine bereits vor Jahren von der DSTG aufgestellte Forderung könnte nunmehr umgesetzt werden: Die Erteilung von Auskünften über Pensionsansprüche beim Landesverwaltungsamt.

Viele Beamtinnen und Beamte des Landes Berlin hätten sehr gerne gewusst, ob die Höhe ihrer künftigen Pensionsansprüche ihren eigenen Bedürfnissen an eine Altersversorgung genügt. Nicht zuletzt werben Versicherungsgesellschaften damit, für den Fall der Fälle vorzusorgen und sich abzusichern. Wer jedoch die Höhe seiner Pensionsansprüche nicht kennt, kann sich nicht in Höhe des ihm vermeintlich fehlenden Betrages absichern.

Bislang war das Landesverwaltungsamt nur willens – weil personell nicht anders in der Lage – nur ruhestandsnahen Beamtinnen und Beamten entsprechende verbindliche Auskünfte zu erteilen. Das Bedürfnis der Kollegenschaft und die Zahl der Anfragen beim Landesverwaltungsamt stiegen stetig.

So griffen die Fraktion der SPD und die Fraktion der CDU in einem gemeinsamen Antrag im Abgeordnetenhaus (Drucksache 17/1046 vom 4. Juni 2013) die Forderung der DSTG auf Auskunftserteilung über die Höhe der Pensionsansprüche auf. Der gemeinsame Antrag der Fraktionen lautet wie folgt:



Online-Auskunft für Pensionsansprüche beim Landesverwaltungsamt ermöglichen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat von Berlin wird aufgefordert, durch den Einsatz eines Berechnungsprogrammes eine rechtlich nicht verbindliche Online-Auskunft für Pensionsansprüche von Beamtinnen und Beamten zu realisieren. Dadurch soll dem jeweiligen auskunftssuchenden Beamten ein durch Kennwort geschützter sicherer Zugang zu den in seiner Personalakte verzeichneten und für die Berechnung seiner individuellen Pensionsansprüche zu berücksichtigenden Dienst- und Ausbildungszeiten ermöglicht werden. Ziel ist es, den Beamtinnen und Beamten ein zuverlässiges Instrument an die Hand zu geben, um auf Basis der in ihrer Personalakte gespeicherten Daten ihre Pensionsansprüche eigenständig zu errechnen und die Auskunftsverfahren vereinfacht, effizienter und präziser durchzuführen. Der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit ist bei der Entwicklung dieser Online-Auskunft einzubinden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. September zu berichten.

Wir werden Sie über den Fortgang dieses Verfahrens unterrichten.

DBB BERLIN MIT NEUER FÜHRUNGSSPITZE POLITIKER ALLER FRAKTIONEN GEBEN (K)EINE BESOLDUNGSPERSPEKTIVE

Anlässlich des Landesgewerkschaftstages des dbb berlin am 15. Mai 2013 waren Politiker aller Fraktionen gekommen, um zu den Delegierten zu sprechen. Das Hauptaugenmerk der Kolleginnen und Kollegen lag hierbei zu hören, ob und inwieweit eine Besoldungsperspektive für die Beamtinnen und Beamten geschaffen wird. Die Damen und Herren Politiker wurden dieser Erwartungshaltung mehr oder weniger gerecht.

Staatssekretär Krömer wies als Vertreter des Innensenators auf die schon beschlossene Besoldungserhöhung zum 1. August 2013 in Höhe von 2 % hin. Des Weiteren kündigte er eine Besoldungsperspektive an, um den Rückstand gegenüber den übrigen Bundesländern (im Mittel ca. 7 %) zu verringern. Seine Ankündigung, dass das dafür vorgesehene Zeitfenster eher bis 2020 als bis 2017 laufe, quittierten die Delegierten mit empörten Zwischenrufen. Die danach geäußerte Wertschätzung des Berliner Senats für die geleistete Arbeit der Kolleginnen und Kollegen erscheint in diesem Zusammenhang wie eine Verhöhnung.

Gleich im Anschluss traf der Bundesvorsitzende des dbb Klaus Dauderstädt den Nerv der Delegierten, indem er forderte, dass Schluss sein muss mit der Besoldung nach Kassenlage. Er wies darauf hin, dass sich der Öffentliche Dienst in zunehmenden Maße nicht nur mit der Privatwirtschaft in Konkurrenz um die besten jungen Köpfe befindet, sondern auch innerhalb des Öffentlichen Dienstes der einzelnen Bundesländer. Als Beispiel sei hier nur die offene Abwerbung der Lehrer durch die südlichen Bundesländer genannt. Der Besoldungsrückstand Berlins gegenüber dem Bund und Bayern betrage mittlerweile stolze 12 %.

Udo Wolf (Linke) sprach von „konzeptlosem Gemurkse“ und Besoldung nach Gutsherrenart durch den Regierenden Bürgermeister und seinen Finanzsenator. Die Linke fordere eine seriöse Personalplanung und habe einen Vorschlag mit einer Besoldungserhöhung von 3,5 % vorgelegt.

Leider kamen solche guten Vorschläge von der Linksfraktion nicht, als sie noch in der Regierung waren.

Ramona Pop (Grüne) forderte eine klare Perspektive zur Besoldungsanpassung bis 2017. Sie wies auf die großen Opfer hin, die die Kolleginnen und Kollegen für die Sanierung des Berliner Haushaltes erbracht haben. Nun sei es an der Zeit, diese Leistung anzuerkennen und entsprechend zu handeln. Beamte als Bittsteller dürfe es nicht geben.

Andreas Kugler (SPD) gab zu, dass die Personalplanung in der letzten Legislaturperiode versäumt wurde. Eine klare Besoldungsperspektive solle bis Ende 2013 entworfen werden. Bezeichnenderweise verwies er auf das Konzept der CDU, die hier schon wesentlich weiter in der Konzeption ist. Die Delegierten fragten sich, ob dies die neue Arbeitsteilung in der Koalition sei?



*Politiker, die Stellung nahmen:
Ramona Pop, Udo Wolf, Sven Rissmann, Andreas Kugler*



*Klaus Dauderstädt unterstrich
die dbb-Forderungen*

Sven Rissmann (CDU) stellte kurz das CDU-Personalkonzept 2020 vor. Wichtiger Eckpfeiler sei hier der Wissenstransfer zwischen jungen und erfahrenen Kolleginnen und Kollegen. Bei der Besoldung sehe die CDU den Senat in der Pflicht, wie bei den Tarifbeschäftigten in den kommenden Jahren jeweils 0,5 Prozentpunkte auf das Tarifiergebnis draufzupacken. Selbstverständlich solle das Tarifiergebnis auch in voller Höhe für die Beamten übernommen werden. Somit solle es nach dem Vorschlag der CDU zum 1.1.2014 eine Erhöhung um 3,45 % geben.

Zum Abschluss der öffentlichen Kundgebung informierte der zweite Vorsitzende und Tarifvorstand des dbb Willi Russ die Delegierten über den schwierigen Weg des Landes Berlin zurück in die Tarifgemeinschaft der Länder. Auch schilderte er die Schwierigkeiten bei den Lehrern, eine einheitliche Entgeltordnung in ganz Deutschland durchzusetzen.

Die Notwendigkeit einer soliden Personalplanung und in diesem Zusammenhang auch einer Besoldungsperspektive für die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin haben - bis auf einige wenige auf Seiten der SPD - alle erkannt. Es bleibt zu hoffen, dass den Worten nunmehr Taten folgen. Gerade im Hinblick auf die drohenden Rückzahlungen zum Länderfinanzausgleich auf Grund der geringeren Bevölkerungszahl in Berlin darf dies jedoch sehr bezweifelt werden.

Im Zentrum der Arbeitstagung standen dann die Neuwahlen der dbb-Landesleitung. In das Amt des Landesvorsitzenden wurde der bisherige Vorsitzende der gewerkschaft kommunaler landesdienst (gkl) Berlin Frank Becker gewählt.

In einem weiteren Wahlgang waren dann die Stellvertreter/innen an der Reihe. Hierbei erhielten folgende Kolleginnen und Kollegen die erforderlichen Mehrheiten:

- Ferdinand Horbat (Philologenverband - DPhV)
- Monika Opitz (Verband der obersten und oberen Bundesbehörden - VBOB)
- Bodo Pfalzgraf (Deutsche Polizeigewerkschaft - DPoIG)
- Bernd Raue (Deutsche Steuer-Gewerkschaft - DSTG)



*v.l.n.r.: Ferdinand Horbat, Frank Becker,
Monika Opitz, Bodo Pfalzgraf, Bernd Raue*

Neben der Gratulation für die neue Landesleitung bedankte sich der Gewerkschaftstag bei dem bisherigen Vorsitzenden Joachim Jetschmann für seine hervorragende Arbeit und sein außergewöhnliches gewerkschaftliches Engagement in den letzten Jahrzehnten. Diesem Dank schließt sich die DSTG Berlin an dieser Stelle ausdrücklich nochmals an. Joachim Jetschmann war stets ein Garant für eine gute Zusammenarbeit zwischen dbb berlin und DSTG zum Wohle der Beschäftigten in den Berliner Finanzämtern. An einem sehr arbeitsreichen Nachmittag wurden dann diverse Anträge der

Fachgewerkschaften zu den Themen Besoldungsanpassung, Gesundheitsmanagement, Personalvertretungsrecht, Telearbeit und vielem mehr beraten. Die beschlossenen Anträge können auf der Homepage des dbb berlin (www.dbb-berlin.de) nachgelesen werden.

Die Ziele und Erwartungen an die neue Landesleitung wurden auf dem Landesgewerkschaftstag formuliert und zum Ausdruck gebracht. Wir wünschen der neu gewählten Führungsspitze Ausdauer und Durchsetzungsvermögen insbesondere bei dem schwierigen Weg, die Besoldungsanpassung in Berlin schnellstmöglich voran zu bringen.



*Vielen Dank und
mach's gut, Joachim!*

Denn nur die Sache ist verloren, die man aufgibt!

PRAXISGEBÜHR - DIE UNENDLICHE GESCHICHTE

Schon vor geraumer Zeit, nämlich bereits im Kalenderjahr 2012, äußerte die Landesregierung die Absicht, die Praxisgebühr abschaffen zu wollen. In Begegnungen mit den Vertretern der im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien und dem Innensenator Henkel wurde der DSTG immer wieder bestätigt, dass ein Gesetzentwurf auf den Weg gebracht wurde. Bis zum heutigen Tag aber ist das Gesetzgebungsverfahren noch immer nicht abgeschlossen. Vor der Sommerpause des Parlaments ist damit auch nicht zu rechnen.

Der Flurfunk ist zwar sehr aktiv, aber ein Gesetz ist durch Gerüchte nicht zu ersetzen. Klar ist, dass die Praxisgebühr rückwirkend ab 1. Januar 2013 entweder in Gänze oder in Teilen abgeschafft werden soll. Völlig entnervt angesichts der vielen mündlichen und schriftlichen Anfragen weist auf diese Tatsache im Übrigen schon das Landesverwaltungsamt seit geraumer Zeit auf seiner Homepage unter „Aktuelles“ hin. Die bereits vereinnahmten Beträge – so die Beihilfestelle – würden dann ohne jegliche Antragstellung rückerstattet. Es ärgert die Beschäftigten mit Recht immer wieder aufs Neue, dass die Einführung der Praxisgebühr wesentlich schneller das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren durchlief als deren Abschaffung. Ein Schelm, wer Absicht dahinter vermutet.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft wird mit Nachdruck auf ein beschleunigtes Gesetzgebungsverfahren dringen.

Ihre Bank in Berlin.

Die PSD Bank ist eine beratende Direktbank für Privatkunden in Berlin und Brandenburg. Vor 140 Jahren gegründet hat sie heute über 83.000 zufriedene Kunden.

Fair und transparent

Unseren Mitgliedern und Kunden bieten wir faire Konditionen, individuellen Service und persönliche Beratung.

Wir beraten persönlich

Sie erreichen uns jeden Tag direkt am Telefon, ganz ohne sprachgesteuerte Anrufbeantworter. Oder

kommen Sie in unser Beratungszentrum in Berlin-Friedenau. Auf Wunsch besuchen Sie unsere Kundenberater auch gern zu Hause.

Als Genossenschaftsbank gehören wir dem Bundesverband der Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) an und sind Mitglied im Einlagensicherungsfonds des BVR.

PSD GiroDirekt, das ideale Gehaltskonto:

- ✓ Guthabenverzinsung ab dem ersten Cent
- ✓ Kostenlose Kontoführung
- ✓ Kostenlose Kreditkarte
- ✓ Äußerst günstiger PSD DispoKredit
- ✓ 15 kostenlose Bargeldverfügungen pro Quartal und Karte an über 19.400 Geldautomaten der Volks- und Raiffeisenbanken und PSD Banken
- ✓ Kostenloses Onlinebanking mit mobileTAN
- ✓ Konto-Umzugsservice



PSD Bank Berlin-Brandenburg eG, Handjerystraße 34-36, 12159 Berlin (Friedenau), Bus M48, M85, 186, 246, U9 Friedrich-Wilhelm-Platz, 51 Friedenau

GEMEINSAM ZIELE ERREICHEN



Wir beraten Sie gern: (030) 850 820 · www.psd-berlin-brandenburg.de

Mitglied der genossenschaftlichen FinanzGruppe – Gemeinsam Ziele erreichen!

DOZENTEN DRINGEND GESUCHT

Die Fachhochschule für Finanzen und die Landesfinanzschule in Königs Wusterhausen brauchen dringend Lehrkräfte. Das ist niemandem mehr bewusst als den Anwärtinnen und Anwärtern. Nachdem sich zwischenzeitlich bis zum Redaktionsschluss 10 Kolleginnen und Kollegen gefunden hatten, fehlten immer noch 20 weitere.

Nun ist die Senatsverwaltung endlich auf die Beschäftigten zugegangen und hat Anreize geschaffen, die tatsächlich überzeugen können:

- Beförderung innerhalb der Abordnungszeit von 3 Jahren (soweit sich die Lehrkraft noch nicht in A 12 bzw. A 14 befindet)
- ein Monats-Grundgehalt als Leistungsprämie nach erfolgreicher Einarbeitung
- Wegstreckenentschädigung gemäß § 5 Abs. 2 BRKG
- im Einzelfall weitere Beförderung bei Verlängerung der Abordnung

Klingt ja nicht schlecht. Insbesondere, wenn man die nach wie vor mäßige Beförderungssituation in den Ämtern betrachtet. Da kann man in 6 Jahren schon einige Sprünge machen.

Allerdings dürfen diese Beförderungen nach Auffassung der DSTG nicht auf Stellen der Finanzämter vorgenommen werden. Für die Beförderung von Dozentinnen und Dozenten muss vielmehr die Senatsverwaltung für Finanzen zusätzliche Stellen zur Verfügung stellen. Ansonsten würden die Kolleginnen und Kollegen in den Finanzämtern benachteiligt, die seit Jahren sehr gute Arbeit machen und entsprechende Beurteilungen vor sich her tragen, sich aber nicht für eine Dozententätigkeit berufen fühlen. Die Beförderungssituation in den Ämtern würde noch prekärer. Schließlich verlässt ein/e Sachbearbeiter/in das Amt – voraussichtlich ohne entsprechende Kompensation - und nimmt auch noch eine potentielle Beförderungsstelle mit.

Zudem muss geklärt werden, was mit Wegstreckenentschädigung gemäß § 5 Abs. 2 BRKG gemeint ist. Dort werden 0,30 €/gefahrenen Kilometer aufgeführt. Allerdings begrenzt § 77 Abs. 4 S. 1 Landesbeamtengesetz (LBG) die Erstattung auf die Höhe der niedrigsten Beförderungsklasse des wirtschaftlichsten, regelmäßig verkehrenden Verkehrsmittels. Dies dürfte im Ergebnis das Firmenticket/Monatskarte ABC des VBB sein. SenFin muss klarstellen, ob sie als Dienstbehörde hiervon Ausnahmen zulässt (möglich nach § 77 Abs. 4 S. 2 LBG) und diese ggf. auch gegen den Rechnungshof und das Parlament aufrecht erhält!

Auch wenn die Umsetzung noch klärungsbedürftig ist, geht die Intention doch in die richtige Richtung. Die Anwärtinnen und Anwärter brauchen die Lehrkräfte und wir können allen Kolleginnen und Kollegen, die sich für geeignet halten, nur empfehlen, sich auf solche Interessenbekundungsverfahren zu melden. Gemeinsames Ziel von uns allen muss es sein, dass die Anwärtinnen und Anwärter es schaffen, eine möglichst gute Laufbahnnote zu erreichen.

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Landesverband Berlin
 Moltkestr. 32 - 10777 Berlin, Tel. 330 - 21473340 Fax 330 - 21473041
 www.dstg-berlin.de e-mail: info@dstg-berlin.de

Wissenschaftlicher Beirat: Dettel Dames, Landesvorsitzender

Redaktion: Dettel Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Kochan, Maljo Moelle, Bernd Raue, Christa Rogan

Fotograf: Archiv der DSTG Berlin

Anzeigenverwaltung: GGZ Lemke, Landesgeschäftsstelle

Druck: extremdruck, Rodenhausen 10, 90465 Neustadt b. Coburg www.extremdruck.de

Auflage: 7.500 Exemplare, kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

Erscheinungsweise: 10 x jährlich

Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung, nur nach Genehmigung unter Quellenangabe und Luversendung eines Belegexemplars.
 Gezielte Beiträge stellen die Meinung der Verfasser dar, die mit der Meinung der DSTG Berlin nicht übereinstimmen muss.